

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 17/2032

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN • Düsternbrooker Weg 70 • 24105 Kiel

Herrn Christopher Vogt
(Vorsitzender des Sozialausschusses)

Frau Petra Tschanter
(Geschäftsführerin des Sozialausschusses)

- im Hause -

Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtag Schleswig-Holstein

Marret Bohn und
Rasmus Andresen

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501

Telefon: 0431/988-1536
marret.bohn@gruene.ltsh.de

Telefon: 0431/988-1516
rasmus.andresen@gruene.ltsh.de

Kiel, 09.03.2011

Antrag "Homophobie aktiv bekämpfen!" (Dr.17/502) in neuer Fassung

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Vogt,
sehr geehrte Frau Tschanter,

im Rahmen seiner Beratung bitten wir den Ausschuss, den Antrag "Homophobie aktiv bekämpfen!" (Dr.17/502) in folgender neuer Fassung dem Landtag zur Annahme zu empfehlen:

"Der Landtag wolle beschließen:

Schleswig-Holstein ist ein Land der vielfältigen Kulturen und Lebensweisen. Trotzdem gibt es auch in Schleswig-Holstein Feindseligkeiten gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und trans- oder intersexuelle Menschen.

Deshalb bekennt sich der Landtag ausdrücklich zur Vielfalt der sexuellen Orientierungen.

Ziel muss es sein, ein Klima des Respekts und der Toleranz in Schleswig-Holstein zu verankern. In Zeiten in denen der Begriff „schwul“ wieder zu einem der stärksten Schimpfwörter auf Schleswig-Holsteinischen Schulhöfen geworden ist, in denen Akzeptanz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften gerade in ländlichen Regionen noch längst kein Alltag ist, ist für die Landespolitik dringender Handlungsbedarf gegeben.

Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Verbänden und Einrichtungen, wie beispielsweise der „Haki e.V.“, „Na Sowas“ und „donna-klara“, einen Aktionsplan gegen Homophobie zu entwerfen.

Der Aktionsplan soll u.a. folgende Punkte beinhalten:

- mehr Toleranz gegenüber Homo-, Bi- und Trans- und Intersexuellen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen und auf bestehende Ansätze im Land aufzubauen,

- gezielte und entwicklungsgerechte Aufklärung im Rahmen des Diversity-Ansatzes (Vielfalt als Normalität) in Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen vorzubereiten und durchzuführen,

- Homophobie soll zielgruppenspezifisch begegnet werden (u.a. durch gezielte Ansprache von Eltern oder sozialem Umfeld)

- eine Überarbeitung der Lehrpläne vorzubereiten, um sexuelle Vielfalt und Homophobie im Unterricht so zu behandeln, dass ein diskriminierungsfreies Umfeld für lesbische, schwule, bisexuelle, trans- oder intersexuelle Jugendliche geschaffen wird (wie in Umdruck 17/1430 beschrieben)

- Homophobie ganzheitlich betrachtet wird um Diskriminierung junger Heterosexueller und Homosexueller vorzubeugen

- die Ermittlung potentiell homophober Hintergründe von Gewalttaten im Rahmen der polizeilichen Statistiken zu verankern,

- Schulungsprogramme für PolizistInnen, LehrerInnen, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen zu entwickeln, bzw. bestehende Ansätze wie bei der LehrerInnenbildung weiterzuentwickeln,

- bestehende Beratungsstrukturen für Opfer homophober Gewalttaten und zur Coming-Outvorbereitung weiterentwickeln,

- verbindlich die Themen „Diversity“, Antidiskriminierung, Homophobie, Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Identitäten und Lebensweisen in die Aus- oder Fortbildung von LehrerInnen, (Schul-) PsychologInnen, SozialpädagogInnen, SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen sowie von in der Jugendarbeit und Jugendhilfe Beschäftigten weiter zu verankern,

- stärker für die Förderung von Vielfalt in der Arbeitswelt unter Einschluss unterschiedlicher sexueller Identitäten und Lebensweisen einzutreten und insbesondere in der Landesverwaltung dafür Sorge zu tragen, dass sie bei der Umsetzung von Diversitystrategien ihrer Vorbildfunktion gerecht wird;

- die Anstrengungen im Bereich Sport, insbesondere im Fußball und Handball, in Zusammenarbeit mit Sportverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen ein diskriminierungsfreies Umfeld zu erzeugen, zu verstärken;

- bei allen Glaubensgemeinschaften dafür zu werben, dass Glaubensfreiheit nicht als Vorwand dienen darf, die individuelle Lebensgestaltung von Menschen unterschiedlicher sexueller Identität und Orientierung gegen ihren Willen einzuschränken.

Die Landesregierung wird gebeten Erfahrungen aus anderen Bundesländern, wie zum Beispiel Berlin und Nordrhein Westfalen, in die Beratungen einzubeziehen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich über den Bundesrat für einen bundesweiten Aktionsplan gegen Homophobie einzusetzen."